

SEDUTA n. 56 del 15.06.1995

Presidenza del Presidente Tretter

Ore 10.08

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

DIVINA: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz
Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Chiodi, Frick, Magnabosco, Minniti, Moser, Palermo, Mayr Sepp, Leveghi und Munter entschuldigt.

PRÄSIDENT: Und jetzt bitte ich um die Verlesung des Protokolls.
Bitte, Abg. Divina.

DIVINA: *(segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRÄSIDENT: Das möchte ich auch noch für diejenigen, die es nicht gehört haben, sagen: Wir haben gestern beschlossen, daß am Nachmittag keine Sitzung stattfindet anläßlich des Begräbnisses von Dr. Max Staffler, und ich habe dann gesagt, daß wir die Sitzung um 13.00 Uhr schließen. Wir werden heute die Sitzung um 12.00 Uhr schließen und die Fraktionsvorsitzenden sind gleichzeitig eingeladen zu einer Begegnung mit den Vertretern des kroatischen Parlamentes, die sich hier in Trient auf Besuch der Region befinden. Und zwar der Präsident der Kommission und eine Vertretung dieses Parlamentes.

...Ja, wir werden die Beschlüsse des Regionalrates in diesem Sinne natürlicherweise mit Freude übergeben.

PRÄSIDENT: Wir müssen jetzt noch dieses Dokument abschließen und wenn keine Wortmeldungen mehr aus den Reihen der Abgeordneten sind, haben wir abgeschlossen - Abg. Pinter ist der Einbringer. Dann spricht jetzt im Namen des Ausschusses Assessor Pahl als erster der Replik und dann Abg. Pinter.

Bitte schön, Herr Vizepräsident.

PAHL: Herr Präsident! Geehrte Abgeordnete!

Der Ausschuß wird diesem Beschlußantrag zustimmen, dies jedoch unter Einbeziehung der Bemerkungen, die ich jetzt machen werde. Sie dienen als Interpretation und als Darlegung der Auffassung wie sie der Ausschuß mit Hinblick auf diesen Beschlußantrag vertritt.

Wenn man über die Anliegen der italienischen Volksgruppe in Kroatien spricht und deren legitime Rechte verteidigt, so kann man das nicht tun ohne auch die Gesamtsituation der kroatischen Republik in den Blick zu fassen. Es muß nämlich der Eindruck vermieden werden, daß man einem Land gegenüber einen Beschlußantrag billigt, der auch als einseitig aufgefaßt werden könnte wenn nicht die Lage insgesamt entsprechend auch gewürdigt wird. Dies schicke ich deshalb voraus, weil unser Beschlußantrag ja dann in den Medien erscheinen wird und vielleicht von manchen Kräften auch mißbraucht werden könnte zu Anliegen, die nicht die Anliegen dieses Beschlußantrages sind.

Kroatien war wie Slowenien, wie Bosnien Herzegowina, wie der Kosovo und wie die Republik Makedonien der Unterdrückung durch die serbische Mehrheit ausgesetzt. Der Staat Jugoslawien nach dem 2. Weltkrieg war ein kommunistisches Herrschaftssystem, das bis zuletzt versucht hat die nationale Identität jener Völker, die nicht serbisch war zu unterdrücken. Im Westen ist meistens nicht bekannt geworden, welch großes Ausmaß diese kommunistische Unterdrückung durch das Regime Tito und seiner Nachfolger erreicht hat gegenüber den Slowenen, Kroaten, den Albaner in Kosovo, die bis heute schwer unterdrückt sind und gegenüber den Makedoniern.

Es war darum nur natürlich und eine notwendigere Reaktion, daß diese Völker versucht haben, sich auch zu befreien. Es wäre in den Staaten des früheren Jugoslawien nie zu einem Krieg gekommen, wenn gewisse europäische Politiker und der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten von Amerika nicht immer wieder in der Anfangszeit erklärt hätten, daß man für die Einheit Jugoslawiens einträte. Das war eine indirekte Ermunterung für Milosevic mit seiner sogenannten Bundesarmee, die allein serbisch dominiert war, zuerst loszuschlagen gegen Slowenien, dann gegen Kroatien und dann gegen Bosnien-Herzegowina. Das Schicksal des Kosovo ist meistens völlig übersehen worden. Der Kosovo ist schwersten Verfolgungen ausgesetzt. Ich will jetzt nicht weiter davon reden, weil die Zeit ja kurz ist, aber das muß auch in diesem Zusammenhang deutlich festgestellt werden, auch wenn wir es alle wissen. Hätten die europäischen Staaten und Amerika sofort und eindeutig die Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas vorgenommen, wäre nie ein serbischer Soldat einmarschiert und es wäre nie zum Krieg und zu diesen furchtbaren Zerstörungen, zu den Flüchtlingsströmen und zu den schweren Menschenrechtsverletzungen gekommen. Bei der Regierung in Zagreb, in Mostar, in Sarajevo sind minuziös die vielen Tausenden von Fällen, es sind Hunderttausende von Fällen von Menschenrechtsverletzungen mit Zeugenaussagen aufgelistet. Es war das legitime Recht der Slowenen, der Kroaten und der Bosnier sich gegen diesen Aggressionskrieg zur Wehr zu setzen, und nicht zuletzt wurde damit auch die Freiheit Europas mitverteidigt. Vergessen wir nicht, daß es der

Widerstand der Slowenen zuerst und dann der Kroaten im besonderen und auch der Bosnier verhindert hat, daß die serbische Armee bis vor die Tore von Triest kam. Wir sprechen als Ausschuß jedenfalls diesen Völkern für diesen Abwehrkampf gegen den serbischen Aggressor unsere Solidarität aus.

Slowenien, Kroatien und später vielleicht auch Bosnien sind bestrebt mit der europäischen Union wirtschaftliche, politische, kulturelle Bande anzuknüpfen. Es sind europäische Staaten und darum ist Europa verpflichtet diesen Staaten entgegenzukommen, wenn seine eigene Glaubwürdigkeit nicht weiterhin schwerstens auf's Spiel gesetzt werden soll. Selbstverständlich haben auch diese Staaten trotz aller schwierigen Situation, in denen sie sich befinden - das sind manchmal verzweifelte Situationen - die Pflicht, ihren eigenen nationalen Minderheiten die Rechte zuzugestehen, die in einem modernen Europa selbstverständlich sein müssen. Es ist darum ein legitimes Recht der italienischen Bevölkerung in Istrien und ihrer politischen Vertretung auch auf diese Rechte zu pochen. Das gleiche Recht gilt für die Albaner in Kosovo, die es aber mit bitterer Verfolgung bezahlen und das gleiche gilt selbstverständlich für die ungarische Gemeinschaft auch in Kroatien bzw. Slowenien, in diesem Fall bzw. der deutschen in Slowenien und Kroatien.

Ich habe in jüngster Vergangenheit und auch früher bevor ich schon Regionalassessor war bei jeder sich bietenden Gelegenheiten mit Vertretern der kroatischen Republik bzw. auch mit bosnischen Regierungsvertretern über den Schutz der Rechte dieser nationalen Minderheiten gesprochen. Ich habe das natürlich im Kontext getan, den ich vorhin erwähnt habe, daß das gleiche Recht für alle gelten muß. Im Jahre 1993 habe ich mich in Zagreb mit Präsident Tudjman getroffen und auch mit dem Parlamentspräsidenten Kroatiens, mit dem Kultusminister der kroatischen Republik - es war damals ein anderer -, und habe damals in der Diskussion über allgemeine Fragen Kroatiens bzw. Sloweniens, des Balkans, selbstverständlich über die Frage der Nationalitätenrechte der Italiener in Istrien bzw. der Deutschen und bei den Slowenen der Ungarn gesprochen. Die damaligen Erklärungen waren folgende: Man sei sich bewußt, daß auch die Nationalitäten - selbstverständlich auch die Serben in der Krajina wurden gleich erwähnt - z.B. daß diese Rechte erhalten werden müssen und zwar möglichst weitgehend was den gesamten Bereich der Schule und der Kultur betrifft, und man sprach auch von einem Proporz bei der Polizei.

Bei einer späteren Gelegenheit, und zwar im Oktober des vergangenen Jahres habe ich mit dem stellvertretenden Außenminister der kroatischen Republik Dr. Ivo Sanader bei einer Tagung in Budapest unter anderem wieder genau diese zwei Fragen angesprochen: deutsche Volksgruppe, Serben in Krajina, Italiener in Istrien. Und er hat dabei folgendes erklärt: Daß ein Staat, der neu entsteht, rein psychologisch gesehen, Schwierigkeiten hat, nachdem er eine kommunistische Vergangenheit besitzt, die nicht seine Schuld ist, auch die Bedeutung der nationalen Rechte der Minderheiten zu verstehen. Aber es sei das Bestreben der Regierung diese abzusichern. Inzwischen ist es ja wie erwähnt zu einem Abkommen gekommen, daß nicht von der Regierung in Zagreb, sondern in Teilen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden ist. Es ist

also der Verfassungsgerichtshof ja nicht identisch mit der kroatischen Regierung. Das gilt für Italien ja auch.

Ich habe dann am nächsten Montag, wenn es klappt, ein weiteres Treffen mit Dr. Sanader, weil er mit größter Wahrscheinlichkeit, wenn die Verhältnisse es zulassen, zu einer Nationalitätentagung der Region nach Bozen kommt, die wir jetzt innerhalb von wenigen Wochen organisiert haben, und jeder der interessiert ist von Ihnen, kann teilnehmen, nur muß er es uns sagen, weil wir Platzmangel haben. ...am Montag, Dienstag... Jedenfalls zugesagt hat auch Minister Sanader, aber es sind auch andere Vertreter aus Kroatien, Bosnien und Slowenien da. Auch bei dieser Gelegenheit wird diese Frage angesprochen und selbstverständlich auch bei der Begegnung mit den Vertretern einer Parlamentskommission, die heute um halb ein Uhr auf Einladung des Regionalrates eintrifft.

Herr Kollege Benussi hat gestern Klage darüber geführt, daß wie er sagte italienische Jugendliche zur Armee eingezogen werden. Das werden andere auch, es ist ja allgemeine Wehrpflicht, auch Südtiroler werden in der italienischen Armee eingezogen und sie sind nie gefragt worden, ob ihnen das gefällt. Die italienischen Jugendlichen würden nicht wie normale Soldaten behandelt werden, sagte Kollege Benussi, sondern sie würden in die vordersten Frontlinien geschickt werden, um dort praktisch verheizt zu werden und würden in größte Gefahr geraten. Das würde bedeuten, daß sie wie eine Art Strafkompagnie behandelt werden. Ich würde Herrn Kollegen Benussi bitten, wenn er die Freundlichkeit hat, mir in wenigen Zeilen, es genügt handschriftlich, die Sache nochmals zu schildern. Ich nehme sie dann heute mittag zum Gespräch mit den Kroaten mit. ...Das ist gut, weil man dieser Sache natürlich ernsthaft nachgeht. Ich habe mit Blick auf Ihre Bemerkung gestern heute früh im Außenministerium in Zagreb angerufen, wo ich Bekannte habe und habe sie gefragt, ob sie von solchen Vorfällen wissen und ob es in ihren Augen eine Rechtsgrundlage für dieses Verhalten gibt. Man sagte mir dort, der Minister selber war nicht erreichbar, es ist auch nicht gerade seine Pflicht anwesend zu sein, wenn wir anrufen, aber man sagte mir im Außenministerium jedenfalls - mit dem Innenministerium habe ich nicht Zeit gehabt zu sprechen -, daß man davon nichts weiß. Das wundert uns auch nicht. Man sagte mir, man halte es für unwahrscheinlich, aber wenn schon würde es wahrscheinlich ausgehen von den betreffenden Offizieren bzw. Generälen selbst. Ist klar, daß es von denen ausgeht, nehme ich an. Es gibt ja keinen Regierungsauftrag dafür. Wenn dem so ist, dann ist es auf jeden Fall eine Verletzung kroatischer Gesetze. Wir werden also, Herr Kollege Benussi, diese Sache selbstverständlich verfolgen, um hier eine Klärung herbeizuführen.

Dies alles vorausgeschickt stimmt auch der Ausschuß dem Beschlußantrag zu, aber wie gesagt im Gesamtkontext der Lage Kroatiens, Sloweniens, Bosnien-Herzegowinas, weil wir nie vergessen, daß auch diese Völker nicht nur ein Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit haben, sondern daß hier auch die Freiheit Europas mitverteidigt wird. Aber das ist ja nicht nötig, offiziell noch einmal festzustellen, um keine Einseitigkeit in der Bewertung entstehen zu lassen, aber das hindert uns natürlich nicht daran auch für die Interessen der italienischen Volksgruppe

in Istrien einzutreten, weil es hier um Grundprinzipien geht. Nach dem gleichen Schema treten wir auch für die Rechte von anderen Nationalitäten ein. Ich darf Ihnen vielleicht nur bei dieser Gelegenheit interessehalber mitteilen, was das jüngste Angebot der kroatischen Republik an die krajiner Serben wäre, wenn sie ihren Kampf aufgeben. Die krajiner Serben würden volle Kulturautonomien erhalten, Schule und Kultur und Proporz bei der Polizei. Etwas was es in Südtirol nicht gibt, wie Sie wissen. Und ein Proporz bei der Polizei in der Krajina würde in verschiedenen Gemeinden eine serbische Mehrheit bei der Polizei zur Folge haben. Aber das ist ein anderes Problem das nicht direkt mit diesem Antrag zu tun hat.

Ich darf vielleicht auch nur einige Zahlen in Erinnerung rufen, was die Stärke der Vertretung der italienischen Volksgruppe in Istrien betrifft. 1991 ist die Bewegung der italienische Istrianer ins Leben gerufen worden. Sie hat die Regionalwahlen von 1993 gewonnen, ganz demokratisch, und wäre Kroatien keine Demokratie hätte es diese Wahlen ja nicht gegeben. Es war das Ergebnis wie ein Plebiszit. In 35 Gemeinden Istriens hat diese italienische politische Bewegung die Mehrheit erhalten und in sieben Gemeinden des Quarnero. Sie haben 36 Abgeordnete von 40 Abgeordnete im Regionalparlament von Istrien und im nationalen Parlament in Kroatien. Da könnte die SVP neidisch werden, und 4 Abgeordnete im Parlament in Zagreb, in Agram. Der Präsident des Regionalparlaments in Pola - und ich sage Pola und nicht Pula, weil das der Name ist, historisch ein italienischer, genauso wie Fiume - heißt Luciano Bianco und ist allerdings ein Kroat. Das heißt vom Ursprung her, seine Vorfahren waren Italiener, aber er ist inzwischen ein Kroat geworden, aber er heißt Luciano Bianco. Die Gesamtzahl der Stimmen ist 73 Prozent italienischer Vertretung im Regionalparlament. Dies vorausgeschickt, empfehlen wir die Annahme des Beschlußantrages.

PRÄSIDENT: Danke.

Jetzt müssen wir folgender Reihenfolge einhalten. Anschließend zur Stimmabgabeerklärung Abg. Passerini, weil wir die Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten bereits abgeschlossen haben.

Jetzt hat das Wort der Abg. Pinter zur Replik als Erstunterzeichner und dann können Sie im Rahmen der Stimmabgabeerklärung noch, wenn Sie wünschen, zu Wort kommen, Abg. Passerini.

Prego, cons. Pinter, per la replica.

PINTER: La ringrazio signor Presidente. Io volevo semplicemente ricordare alcune cose. Ho apprezzato innanzitutto, e ringrazio i consiglieri che hanno voluto intervenire in merito a questo voto, il cons. Benussi, i cons. Frasnelli e Benedikter, i sottoscrittori ed il cons. Pahl, per la documentata elaborazione rispetto alla situazione Croata. Concordo con il cons. Pahl, il quale dice che occorre essere sufficientemente equilibrati, perché è vero che generalmente su tutta la situazione della ex Jugoslavia uno dei grossi rischi che si sono corsi, uno dei grossi errori che si sono commessi è stato quello di voler sempre generalizzare, e quindi di volta in volta demonizzare e colpevolizzare più

di quanto poi le responsabilità storiche non attribuiscono, una delle etnie coinvolte nel conflitto, quindi la acredine anti-serba da una parte e viceversa il rifiuto di considerare la componente mussulmana della popolazione ecc. di volta in volta hanno determinato una incapacità di lettura storica e politica più di quanto stà avvenendo nella ex Jugoslavia.

Io spero che in effetti, passata questa prima fase dove sono stati più gli errori anche tragici della diplomazia internazionale e delle stesse nazioni europee, si possa arrivare ad una situazione nella quale oltre a perseguire l'obiettivo della cessazione del conflitto ci sia un equilibrio proprio nel senso di capire che non esiste altra soluzione in quella realtà che non una situazione di continua e ripetuta nuova determinazione di confini e di polizie etniche, bensì di sostanziale convivenza nel rispetto delle minoranze della tutela delle varie etnie e lingue.

Io credo però pure in questo quadro, nel fatto che questo volto mantenga tutte le sue validità, perché tocca specificatamente una situazione vissuta da una minoranza e, ripeto, sono d'accordo che questo vada esteso in qualsiasi altra minoranza e contesto.

Mi permetto di citare come fonte, che da questo punto di vista risulta autorevole, un sacerdote cattolico, che è stato uno dei co-estensori della Costituzione in Croazia, vale a dire di Zievkocustic, il quale è abbastanza conosciuto perché è anche uno scrittore ed è stato uno dei più convinti sostenitori dell'autonomia della Croazia e anche della creazione e del sostegno anche a Tuschmann, ciò nonostante questo sacerdote che si definisce esso stesso uomo di destra e conservatore. Poche settimane fa è stato soggetto ad un violento attacco nella Croazia, perché ha affermato delle cose che io voglio brevemente citare e sono queste: "io continuo a difendere questo Stato, ma non posso difendere l'etnocrazia che si esplica in nazismo e continuo ad essere dell'opinione, già da me espressa quando fui chiamato a collaborare alla scrittura della nuova Costituzione della Croazia, che il primo articolo della Carta costituzionale è sbagliato.". Esso definisce la Croazia come Stato nazionale del popolo croato e invece dovrebbe essere allo stato di tutti i cittadini.

L'attuale formulazione favorisce una linea di tendenza, peraltro in atto nei confronti dell'etnocrazia, verso il potere di un etnia sulle altre, e questo è nazismo.

Queste affermazioni, evidentemente pesanti, ma maggiormente autorevoli, perché provenienti da espressioni conservatrici, che ripeto si autodefiniscono di destra e che quindi di certo hanno sostenuto fortemente la creazione della nazione croata e delle ragioni della popolazione croata, nel contempo lanciano un grido d'allarme per questa situazione che vede sempre più crearsi gruppi neo-fascisti e neo-nazisti all'interno del territorio della Croazia, con azioni evidenti di polizia etnica soprattutto nei confronti dei serbi, ma con dei problemi evidentemente anche per le altre minoranze e nazionalità e che denotano purtroppo un crescente odio etnico e razzista che rischia veramente di riaprire sacche di conflitto e di violazione dei diritti umani anche all'interno della Croazia stessa.

Purtroppo sono processi che abbiamo visto non soltanto in Croazia, ma sostanzialmente nelle situazioni di disgregazione delle nazioni e nella ricomposizione su base sostanzialmente etnica. Abbiamo visto purtroppo molte volte accentuarsi la

componente nazionalista, di chiusura e sostanzialmente quindi che cancella i diritti delle minoranze, ma cancella soprattutto una storica convivenza che purtroppo non riesce a reggere lo scontro con la violenza e la guerra di questi ultimi anni nella ex Jugoslavia.

Io spero che nell'approvare questo Voto si voglia ribadire non tanto un'attenzione distorta, cioè rivolta soltanto alla minoranza italiana, ma ripeto un'attenzione che comprenda l'articolazione complessa delle ragioni storiche e politiche che hanno portato a questa situazione e ripeto che non necessariamente di volta in volta criminalizzi complessivamente uno stato, una nazione, un parlamento, una costituzione, ma sappia distinguere con pazienza, ragione o torto, colpa o responsabilità, all'interno di comportamenti.

Abbiamo oggi responsabilità come Consiglio regionale di essere estremamente attenti a quello che succede a poca distanza da noi e che, mentre vede continuare il massacro in Bosnia, per altro verso, vede messa in discussione una possibilità di convivenza.

In questi articoli si dimostra come si stanno moltiplicando anche gli esercizi pubblici a Zagabria, dove vi è esposto il divieto di ingresso ai serbi. Questo credo sia uno dei primi segnali di una pericolosa involuzione autoritaria, che non può certo portare a grandi prospettive di pace.

Io credo che noi come Regione autonoma abbiamo una sorta di dovere di fare pressione, affinché si impediscano il crescere di queste culture di chiusura ed intolleranza, ma viceversa che si agisca su tutta la comunità internazionale e sulle componenti diplomatiche ed in modo che i connotati democratici contenuti nella Costituzione stessa della Croazia, ribaditi da convenzioni sottoscritte di volta in volta anche dal Governo italiano nei confronti della Slovenia, della Croazia ecc., siano in qualche modo tutelate.

PRÄSIDENT: Jetzt beginnen wir mit der Abgabe der Stimmerklärungen. Vorgemerkt haben sich Abg. Passerini und dann Abg. Benedikter.

Bitte schön, Abg. Passerini, hat das Wort.

PASSERINI: Grazie Signor Presidente.

Nel dichiarare il consenso a questo voto proposto dal cons. Pinter da Giordani, Alessandrini, Zendron e Benedetti, credo che vada sottolineata la coincidenza della visita della delegazione Croata di oggi con l'approvazione presumibile di questo voto, che ci consente davvero di esprimerci in modo chiaro sul problema sollevato, perché è di estrema gravità e attualità.

Le dichiarazioni stesse del Vicepresidente Pahl testimoniano che ormai la nostra Regione stà assumendo un ruolo anche di politica estera sulla scia degli aiuti che si danno a varie nazioni e da questo punto di vista non c'è dubbio che l'intervento del Vicepresidente Pahl è un intervento da ministro degli esteri della Regione Trentino-Alto Adige.

Il fatto che la Regione assuma questo ruolo è apprezzabile, però questo dovrebbe indurci ad essere prudenti. Da questo punto di vista le dichiarazioni del

Vicepresidente Pahl, apprezzabili sotto vari punti di vista, mi sembrano però eccessivamente spostate nella valutazione degli equilibri sulla crisi della Jugoslavia verso un'appoggio incondizionato ed eccessivamente entusiasta verso la posizione croata.

Credo che sia necessaria un po' più di prudenza, anche in considerazione di quanto si chiede con questo voto ed anche rispetto alle dichiarazioni che abbiamo sentito ieri dal cons. Benussi e sulle quali anch'io chiedo al Vicepresidente Pahl di fare chiarezza, soprattutto in merito al prelevamento notturno di giovani italiani spediti al fronte in modo da assomigliare più alla posizione di uno Stato dittatore che non ad uno Stato democratico e quindi davvero se oggi c'è qui una delegazione una spiegazione in tal senso va chiesta, perché sono affermazioni di un consigliere regionale e che siano per iscritto o dette a voce non ha nessuna importanza, perché ci si chiede ugualmente se hanno un certo fondamento o no.

Anch'io da questo punto di vista vorrei che il Vicepresidente Pahl chieda spiegazione alla delegazione croata, ammesso che siano in grado poi di darle e comunque se non le danno loro attivino il canale, perché queste spiegazioni vengano date. Riprendendo le osservazioni fatte in replica dal cons. Pinter, devo dire che le notizie che provengono dalla Croazia devono indurci a non sposare la causa dell'uno in modo acritico rispetto alle cause degli altri, perché sposando i croati contro i serbi, si rischia di dare fiato a tutte quelle posizioni oltranziste che fanno sì che si scriva nelle città croate che i serbi non possono entrare. Se tutto questo porta ad esasperare il nazionalismo e il razzismo e la contrapposizione etnica, credo che l'apporto della Regione Trentino-Alto Adige debba essere invece in una direzione ben diversa, vale a dire nella direzione del rispetto di tutti e della tolleranza.

Da questo punto di vista credo che gli aiuti che diamo alla Croazia sono umanitari e quindi non sono condizionati da risvolti politici, ma lo devono essere nel rispetto e nella tutela dei diritti umani. Noi rispettiamo le scelte di politica interna che ciascuno Stato fa e non possiamo condizionare gli aiuti al colore politico che un Governo assume o meno in un determinato momento, ma lo dobbiamo al rispetto dei diritti umani e delle minoranze, anche con quelle con le quali si è in conflitto in quel momento.

Credo che questo dobbiamo dire ai croati oggi, anche in virtù di quel ruolo di politica estera che la Regione stà sempre più assumendo, in virtù anche della iniziativa che il Vicepresidente Pahl di volta in volta accentua da questo punto di vista.

Appoggiamo davvero questo voto, richiamiamo i croati ai diritti delle minoranze, non solo quella di lingua italiana, ma anche nel rispetto di tutte le minoranze, ponendole sullo stesso piano e titolo, compresa quella serba.

Il nostro rapporto di Regione che ha sperimentato sulla propria pelle anche il conflitto tra gruppi linguistici ed etnici deve essere un apporto che non va a rinfocolare l'esasperazione etnica, ma semmai va ad insegnare che con la guerra si perde tutto e con la pace si può guadagnare tutto. Da questo punto di vista anche la memoria, il guardare quanto è accaduto in passato, deve far sì che i popoli non trovino le ragioni nel passato per continuare a combattersi, perché questo è accaduto in Jugoslavia e

questo sta continuando ad accadere ed accadrà per i prossimi mille e cinquecento anni, perché loro hanno mille e cinquecento anni di conflitti alle spalle. Hanno risposto sempre a queste logiche, per cui ogni volta si doveva vendicare qualche torto, delitto o strage.

Ora, e con questo concludo, o si esce da questa spirale della memoria che continua a produrre delitti, altrimenti la guerra continueranno ad averla. Da questo punto di vista, questo noi dobbiamo dire loro, ma dobbiamo anche per quanto ci riguarda imparare da loro che non si può andare avanti con le rivendicazioni che portano ai conflitti, ma si deve costruire convivenza, sapendo che con la guerra e con il conflitto si perde tutto, mentre con la pace comunque rimane aperta una porta di dialogo e di confronto.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Passerini.

Der nächste Redner ist Abg. Benedikter und vorgemerkt haben wir dann noch Abg. Benussi.

BENEDIKTER: Ich habe gestern bereits erklärt, daß ich selbstverständlich dafür bin, grundsätzlich, daß man Kroatien den Vorwurf macht, was die Behandlung der kleinen italienischen Minderheit betrifft. Ich möchte kurz erinnern: Diese italienische Minderheit war eine Mehrheit - es waren nicht 37, sondern 350 plus 37, die dann, wie Abg. Benussi erinnert hat, nach Italien geflüchtet sind, und zwar auf Aufforderung auch von Degasperi, der gesagt hat: Kommt nur, wir werden euch schon "sistemare". Degasperi hat verzichtete auf das Geltendmachen des Selbstbestimmungsrechtes der Italiener in Istrien, aber das würde jetzt zu weit führen.

Ich bin nicht immer derselben Ansicht, wie der Vizepräsident Pahl, aber ich möchte mich seiner heutigen Erklärung hundertprozentig anschließen, und ich kenne die kroatische Verfassung, ich kenne das Urteil und alles, aber ich habe gestern geltend gemacht, daß heute eine Delegation des Parlaments von Kroatiens zum Regionalrat kommt. Vizepräsident Pahl hat mit den Kroaten verhandelt nicht nur wegen dieser Sache, sondern auch wegen einer anderen Sache. Daß wir ihnen diesen Vorwurf machen, geht gut, und man könnte ihn noch ausführlicher machen, aber daß wir doch darauf Bedacht nehmen, daß, so wie Pahl auch gesagt hat, eben wenn die Kroaten nicht wären, wir dann die Serben und dann Schirinowski vor der Haustüre hätten, bitte, um es kurz zu sagen, und daß wir den Widerstand der Kroaten und der Slowenen gegenüber den Serben eben doch anerkennen müssen. Ich sage das kurz und bündig, ich kann es jetzt nicht länger ausführen und in dieser Hinsicht bin ich der Ansicht, daß dieser Entwurf, daß der beschließende Teil gut geht, auch im jetzigen Augenblick, auch wenn heute eine Delegation der Kroaten daherkommt.

Aber in der Begründung wird zum Teil meiner Ansicht nach irgendwie übertrieben. Nämlich ich kann doch dem kroatischen Staat nicht vorwerfen, wo es heißt: Gli accordi internazionali sottoscritti da delegazioni dello Stato croato non hanno efficacia se non sono ratificati dal Parlamento croato. Jeder souveräne Staat verlangt das. Ich möchte wissen, ob in Italien nicht die internationalen Verträge, die

abgeschlossen werden zwischen der italienischen Regierung und irgendeinem anderen Staat, ob die nicht vom Parlament ratifiziert werden müssen, und ich kann ihnen doch das nicht zum Vorwurf machen, und dann noch andere Stellen. Es wäre, glaube ich, politisch für uns - ich meine für die Region Trentino-Südtirol als solche - gut, wenn diesbezüglich etwas geändert würde, wo auch zum Ausdruck kommt, daß die Region Trentino-Südtirol das verurteilt jedoch auch anerkennt, wie gesagt, den Widerstand der Kroaten gegenüber den Serben, um es mit einem Worte zu sagen.

Aber da müßte man die Sache noch ändern und vielleicht eben bis Juli warten, um es dann zu verabschieden. Denn ich fühle mich in der Lage für den beschließenden Teil zu stimmen, aber nicht insgesamt für den begründeten Teil. Ich beantrage jedenfalls die getrennte Abstimmung, aber ich würde bitten, daß man diesbezüglich den begründeten Teil, der irgendwie auch dazugehört, doch in dieser Hinsicht noch überlegt und abändert anhand dessen was der Vizepräsident Pahl eben auch erklärt hat.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter.

Der nächste Redner ist Abg. Benussi zur Stimmabgabeerklärung.

...Moment, Abg. Benussi, ich möchte nur ankündigen, daß ein Abänderungsantrag eingebracht worden ist, vom Assessor Pahl und anderen, den wir jetzt dringend verteilen, indem dem Rechnung getragen wird, was in der Replik gesagt worden ist. Nur damit Sie das wissen.

BENUSSI: Grazie signor Presidente. Il problema è molto complesso e ci vorrebbe troppo tempo per poterlo trattare ampiamente come meriterebbe, data l'importanza e la tragicità del momento. Ho ascoltato molto attentamente quanto ha detto il cons. Pahl e concordo con lui per quanto riguarda la prima parte introduttiva, nella quale ha fatto presente che cosa è avvenuto, anche se per certe cose bisogna stare molto cauti e in parte ho ascoltato quanto chi mi ha preceduto ha voluto chiarire e fare presente.

Siamo perfettamente d'accordo che tutto quello che può far scongiurare una guerra è da farsi e che se si comincia a ragionare su odio e vendette, come giustamente è stato detto, sono quindici secoli di massacri in quella zona e purtroppo non si sa quando finiranno, nè per volontà degli uni nè per volontà degli altri. Una cosa però è indiscussa, ed è la differenza tra quello che è successo in Cecoslovacchia e in Jugoslavia, mostruosità create da Versailles e da quelli incoscienti che avevano fatto tutto, affinché si verificasse poi la seconda guerra mondiale.

Più le cose vanno avanti e più quanto è stato creato dalla seconda guerra mondiale viene ripristinato oggi in maniera democratica per dare a certe popolazioni finalmente l'assetto che doveva, porto gli esempi di Boemia e Moravia.

In Jugoslavia purtroppo la mentalità della gente era influenzata, e lo riconosce uno che ne ha subito indirettamente la persecuzione, da Tito, uomo duro che sottometeva la gente causando terrore.

Io speravo che con il passare del tempo i cittadini si considerassero Jugoslavi come normalmente diceva uno delle nuove generazioni quando si incontrava

in treno e gli si chiedeva cosa sei e non rispondeva sono croato, serbo, macedone, montenegrino ecc., ma diceva sono jugoslavo e io speravo che questo avvenisse anche in seguito. Purtroppo questo non è avvenuto ed è un ragionamento che ho fatto io, dopo aver perso le mie terre e non voglio parlare più di quel periodo.

La cosa indiscussa però è questa, che quando ad un certo momento ha cominciato a verificarsi il nazionalismo in Jugoslavia, sono partiti i primi gruppi che hanno vietato i turisti ad andare in Dalmazia e provenivano dalla Ucraina serba, questo è stato il primo momento.

Quando a suo tempo, dopo la morte di Tito era previsto nella Costituzione Jugoslava l'avvicinarsi della presidenza con le varie rappresentanze, Presidenti delle varie Repubbliche, quando è toccato il turno ai croati, i serbi si sono opposti ed hanno cominciato loro a sgretolare la Jugoslavia. Dopo di che, siccome avevano in mano l'esercito e solo con questo tenevano tranquille le popolazioni, quasi tutti i generali, compreso Tuschmann, il quale era stato in galera ma era un generale comunista servitore di Tito, con il tentativo solo di imitarlo, perché, pur essendo croato, tra l'altro di origine trentina, appoggiava i serbi, che hanno scatenato l'offensiva in una zona prettamente croata, tutta la Slovenia. Tutti ricordano Stalingrado, ma nessuno ricorda Vucovar, per cui c'è da vedere anche se ad un certo momento la gente cerca di fare dei ritorni per riavere parte di quello che uno ha portato via. E' il solito discorso che si vuole la polizia non armata, e sarebbe giusto che bastasse un manganello proprio per i più facinosi, però se non c'è ad un dato momento un qualcuno che interviene, chi si considera criminale fa solo criminalità. E' un discorso che va al di sopra e al di fuori di tutto quello che è la nostra situazione. Io per questo non voglio fare un ragionamento di carattere personale, perché non potrei essere obiettivo come desidererei essere. Per questo ieri non mi sono sforzato, perché è normale, siccome qui rappresento dei cittadini che mi hanno onorato del loro voto e siccome so che la stragrande maggioranza di tutti i popoli non vogliono altro che pace e che c'è il diritto delle minoranze di poter vivere ed esprimersi in parità con la maggioranza in qualsiasi parte del mondo e in questo credo fermamente e penso di averlo dimostrato in questi sei, sette anni di attività consiliare.

Sono fiero di aver detto a nome di tutto il gruppo che appoggeremo la mozione che è stata presentata dal cons. Pinter, perché tratta esclusivamente di un problema relativo alla tutela di minoranze.

Siccome noi ci troviamo in una terra mistilingue, che è una grande forza perché unisce culture diverse e dà la possibilità di arricchire, aprire lo spazio culturale e la panoramica mondiale a tutti quelli che hanno la fortuna di vivere e forse, in un certo senso, mi sono trovato bene anche per questo qui, nel vedere la rappresentanza degli amici tedeschi, perché ero già abituato a convivere, gradirei che, siccome i nostri compiti sono prettamente istituzionali, tutto quello che è stato detto dal mio predecessore e ho trovato giusto che dicesse: "é il caso che noi ci occupiamo di politica internazionale?". Ed allora dico a Pahl che una cosa è l'aiuto umanitario e una cosa è intervenire in maniera quasi ufficiale e drastica in quello che è una politica internazionale. Aiutiamo la Croazia, siamo convinti perché sappiamo, ed ho visto e dimostrato che hai studiato bene il problema che gli aggressori sono i serbi e nessuno al

mondo può dire il contrario, e se non c'erano i francesi, americani ed inglesi, alleati dei serbi nella prima e nella seconda guerra mondiale, figuriamoci se avrebbero dato ragione a Milochevich, che non è nient'altro che un generale comunista, il quale odia il potere e che fa le elezioni come vuole. Dimentichiamo questo e consideriamo che il nostro compito è quello di aiutare nei limiti del possibile tutte le popolazioni del mondo e tutelare le minoranze, e, per quanto le riguarda, non ragiono da esule, ma ragiono per quello che ha anche ricordato il cons. Benedikter quando ha avuto il piacere di conoscere la Vicepresidente del Consiglio regionale della contea istriana, la maggioranza quando allora hanno fatto libere elezioni si è rivolta al partito di maggioranza dell'istriani e non al partito di Tuschmann. Quest'ultimo non ha accettato tale elezione ed ha cercato di fare cose sottobanco non simpatiche, per cui da un punto di vista, come giustamente hai ricordato, la Costituzione prevede certe cose, ad un dato momento ha dato un colpo di spugna e diciotto articoli li ha messi da parte. Per cui prima di parlare da un punto di vista internazionale nei confronti della Croazia e torno a dire, non voglio dare giudizi miei diretti, limitiamo esclusivamente i nostri interventi a dare aiuti umanitari e a garantire nei limiti di quello che ci è concesso, proprio perché abbiamo costruito una autonomia della quale dobbiamo essere fieri, perché la gente da un punto di vista pratico convive, dobbiamo pretendere che altrettanto avvenga in tutti i territori del mondo dove ci sono delle minoranze da tutelare. Come portavoce dobbiamo soprattutto ascoltare i rappresentanti della gente istriana e di quel partito che indipendentemente dall'origine, provenienza e nazionalità di origine di quelle persone tuteli gli interessi degli istriani e quelli sono contrari al metodo usato da Tudjman a Zagabria.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist Abg. Leitner.

Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß inzwischen der Abänderungsantrag Pahl, Messner, Peterlini verteilt worden ist und daß es vielleicht opportun wäre zu hören, ob der Ersteinbringer Pinter mit diesem Abänderungsantrag einverstanden ist oder nicht. Nur damit man in der Diskussion darauf Bezug nehmen kann. Danke.

Abg. Pinter, bitte.

PINTER: Io credo che dobbiamo evitare di arrivare in una situazione nella quale questo Voto possa creare una serie di problemi a quest'aula. Io credo, e faccio appello anche al Presidente Pahl, affinché noi concentriamo la nostra attenzione sull'obiettivo di questo Voto, che è quello di ribadire il concetto di tutela delle minoranze ovunque queste si ritrovino, in questo caso specifico chiediamo un intervento da parte del Parlamento italiano, affinché i diritti riconosciuti alla minoranza italiana possano essere garantiti. Per ogni considerazione che va oltre questo aspetto io posso accettare una serie di osservazioni fatte dal Vicepresidente Pahl e dal cons. Benedikter rispetto alle premesse del voto per la loro, in qualche modo incompletezza, per alcuni aspetti contraddittori o discutibili. Io credo che, se noi entrassimo nel merito di considerazioni politiche, cioè se introducessimo il concetto della aggressione serba nei confronti della Repubblica

Croata, è chiaro che a questo punto si aprirebbe una partita di riequilibrio e cioè dovremmo analogamente considerare altre aggressioni che si sono compiute rispetto alla popolazione bosniaca da parte della Croazia ad esempio e quindi ci troveremo di fronte ad una spirale che difficilmente riusciremo a definire in modo omogeneo ed equilibrato. Io propongo di stralciare l'intera premessa del voto, quindi anche l'emendamento che era aggiuntivo rispetto al testo iniziale del voto e di limitare la votazione al solo dispositivo in modo che non crei problemi a nessuno in quest'aula.

PRÄSIDENT: Damit ist die Sache geklärt.

Der Einbringer ist mit diesem Abänderungsantrag nicht einverstanden, aber er verzichtet sozusagen auf die gesamten Prämissen und abstimmen tun wir danach - nach der Stimmabgabeerklärung natürlich, Kollege Leitner - über den beschließenden Teil. Punkt fertig. Nachdem es der Antrag vom Einbringer ist, ist das so zu akzeptieren.

Und jetzt gehen wir mit den Stimmabgabeerklärungen weiter - Entschuldigung die Unterbrechung, es war aber wichtig, daß das geklärt wurde.

Bitte schön, Abg. Leitner.

LEITNER: Dem Wunsch vom Kollegen Pinter ist Rechnung zu tragen. Ich hätte es mir zwar anders gewünscht, weil ich glaube, wenn man über diese Thematik diskutiert, man dann schlecht umhin kann, über die Gesamtproblematik auch irgendwie zu reden, meiner Meinung nach. Ich weiß, daß wir hier natürlich nicht die hohe Außenpolitik betreiben, aber es muß einem Regionalrat, der ja einen Begehrensantrag an das italienische Parlament und an die italienische Regierung schickt, erlaubt sein, nachzudenken, über Dinge, die fast in unserer unmittelbaren Nachbarschaft passieren. Mit Bezug auf Tschetschenien haben wir auch einen Begehrensantrag gemacht, obwohl es viel viel weiter weg ist. Aber wahrscheinlich tut man sich viel viel leichter Beschlüsse zu fassen über Dinge, die weiter weg sind als die vor unserer eigenen Haustür der Fall sind, wenn man weiß, was seit dem Umbruch in Ex-Jugoslawien alles passiert ist.

Die diplomatische Verhandlung z.B., die Österreich geführt hat, soll hier nicht unerwähnt bleiben und daß es zu einer Selbständigkeit von Slowenien und von Kroatien gekommen ist. So darf ich an einen Ausspruch des jetzt nicht mehr im Amt weilenden französischen Staatspräsidenten Mitterand in Erinnerung rufen, der im Jahre 1991 gesagt hat, Österreich ist infolge seiner Diplomatie auf dem besten Wege den ersten Weltkrieg zu gewinnen. Warum hat Mitterand das gesagt und hier erinnere ich, was Kollege Benussi eben gesagt hat. Nachdem Frankreich aber auch England Verbündete von Serben im ersten Weltkrieg waren, sieht man wie schwer sich diese Staaten tun, heute eine differenzierte Haltung anzunehmen. Die tun so als müßten sie den Ausgang des ersten Weltkrieges verteidigen, deshalb ist es so schwer auf dem Balkan, der sowieso eine Geschichte für sich hat. Die Geschichte Kroatiens und anderer Republiken auf dem Balkan müßte man hier näher analysieren, warum dieses Verhältnis ist und warum sich Europa so schwer tut dort auch eine klare Linie einzunehmen, zum Schaden der Bevölkerung, auch der Minderheiten.

Ich stimme dem beschließenden Teil selbstverständlich zu, weil so wie wir von anderswo verlangen, daß Minderheiten geschützt werden, ist auch selbstverständlich Kroatien verpflichtet die italienische Minderheit in Istrien gebührend zu schützen. Es gibt einen Vertrag mit dem Staat Italien und der ist einzuhalten. Natürlich muß man das unterstützen, aber gleich müßte man auch unterstützen die Bestrebungen von Kroatien, und man müßte hier z.B., was Vizepräsident Pahl vorschlägt, nicht nur Kroatien hineintun, sondern auch Bosnien-Herzegowina. Ich sage das nur, aber nachdem diese Prämissen sowieso wegfallen, erübrigt sich das. Nur möchte ich meinen, ein Regionalrat dürfte auch die Freiheit haben über solche Dinge zu reden und dem Parlament und der Regierung, die ja dann außenpolitisch tätig werden müssen, Vorschläge und Anregungen zu machen. Das Thema ist sehr sehr komplex. Das weiß jeder und man will sich natürlich hier nicht die Finger verbrennen. Wenn man es objektiv macht, dann soll man von allen die Erfüllung der eingegangenen Verträge auch verlangen, auch vom Staate Kroatien seinen Minderheiten gegenüber. Also wie gesagt, ich stimme dem Beschlußantrag zu.

PRÄSIDENT: Zunächst die Frau Abg. Zendron und dann ist Abg. Alessandrini vorgemerkt.

Bitte schön, Frau Abg. Zendron.

ZENDRON: Grazie signor Presidente, io brevemente ho già nel mio intervento precedente spiegato le ragioni per cui sono a favore di questo voto e mi pare che anche la scelta di limitarsi a tale questione in maniera che sia questa questione che viene sottolineata e messa in rilievo, cioè la questione di un territorio in cui c'è una minoranza, noi quasi da pari a pari, in territori in cui c'è una minoranza sosteniamo i diritti e cerchiamo di aiutare la soluzione di problemi che ci sono in questo territorio. Mi sembra che sia importante concentrarsi su questo e fra il resto l'emendamento che era stato presentato usciva completamente da ciò che si voleva, andando in una direzione opposta. Come ho già affermato ieri, il nostro compito non è quello di schierarci su uno dei fronti che poi sono fronti che vanno completamente aumentando. Noi dobbiamo cercare di dare un contributo perché si arrivi ad una situazione pacifica, cioè è esattamente il contrario lo spirito che ci deve muovere, è terribile che ancora si abbia la tentazione di stare da una parte o dall'altra quando c'è un fronte di guerra e un conflitto. A me sembra che il compito dell'Europa matura e soprattutto di chi ha vissuto nel proprio interno i conflitti, debba essere esattamente quello di aiutare gli altri a trovare delle soluzioni pacifiche, a fare prima di tutto la pace e non dire chi ha ragione o torto, perché se guardiamo le cose sappiamo che è facilissimo che qualcuno abbia torto in un primo momento e poi subito dopo i torti in una situazione di conflitto aperto di guerra si distribuiscono equamente, perché per fortuna o sfortuna la bestialità tra gli uomini è suddivisa in maniera abbastanza equa, non ci sono popoli più cattivi rispetto ad altri. Quindi in Jugoslavia ci sono delitti e crimini terribili contro l'umanità fatti da tutte le popolazioni in conflitto, non fatte solo da alcuni. D'altro canto viste le caratteristiche politiche, ad esempio della Croazia, con un Governo nazionalista con aspetti della destra

estrema non mi pare che sia il caso di mettersi tutti da una parte e poi comunque in ogni caso, al di là delle scelte individuali o politiche che i diversi gruppi o consiglieri in Consiglio regionale possono anche fare per i fatti loro. Io credo che questo non porti a niente, perché penso che non sia un buon contributo quello che dall'esterno dice che hai ragione tu, perché rafforza nella sua volontà di avere riconosciuta questa ragione chi ce l'ha o chi se la vede riconosciuta e fa rabbia agli altri che sanno comunque che i torti non stanno tutti dalla loro parte. Quindi non è un buon contributo, invece mi pare che per quello che riguarda tutto il voto, io avrei votato anche le premesse, ma comunque non mi pare che ci sia un danno perché l'importante poi è che si dica, si chieda, si impegni a fare qualcosa e mi pare che il dispositivo sia fortemente da sostenere e ripeto che c'è un grande significato nel fatto che una Regione in cui si è trovata una soluzione pacifica nei conflitti tra minoranze linguistiche si chieda un impegno e si impegni anche a favore del riconoscimento dei diritti e di un autogoverno di territori in cui vivono delle minoranze. Quindi posso solo ripetere che con grande convinzione voteremo per il dispositivo di questa mozione.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire per la dichiarazione di voto il Presidente Alessandrini, prego.

ALESSANDRINI: Grazie Presidente. Era forse nelle cose che a partire da un documento politico come quello che ho firmato io stesso e che poteva apparire piuttosto delimitato e localizzato nei suoi intenti, si sviluppasse un dibattito così ricco come quello a cui abbiamo assistito, dal momento che in qualche modo il dramma della Jugoslavia che incombe pare destinato a una escalation ancora più pericolosa è presente a tutti noi e si tratta comunque di un tema che nell'ambito di una Regione plurilingue come la nostra desta certamente forti attenzioni. Ho voluto chiedere la parola anche perché credo sia opportuno che da parte di tutti noi ci sia uno sforzo di comprensione della complessità della situazione jugoslava e di possibili iniziative da sviluppare per risolvere quel grave problema e non sono proprio così sicuro di certe diagnosi che ci ha portato qui l'assessore Pahl, da lui dichiarati errori delle potenze europee rispetto alle decisioni che hanno riguardato il quadrante dello scacchiere della Jugoslavia, o meglio della ex Jugoslavia. Non sono altrettanto sicuro del collega Pahl, se una più anticipata iniziativa per riconoscere la Slovenia e la Croazia avrebbe determinato scenari diversi. Le opinioni a riguardo possono essere diverse. Io credo che c'è un dato che dobbiamo con amarezza sottolineare, innanzitutto che su quel quadrante sono ritornate in evidenza logiche di potenza dei singoli paesi europei che in qualche modo ci confermano che le onde, i cicli storici di lunga durata purtroppo persistono e così vediamo ritornare in evidenza le tradizionali tendenze pro-serbe dell'Inghilterra o della Francia. Le tradizionali tendenze filo-croate della Germania e dell'Austria e mentre dobbiamo constatare la ripresa di queste logiche di potenza abbiamo assistito ad una drammatica

assenza della Unione Europea. Questo è il dato drammatico, sul quale dovremmo veramente tutti avere la consapevolezza della difficoltà della costruzione dell'unione europea alle prese con un tema politico di così forte importanza che tocca anche direttamente le nostre prospettive di pace, anche quelle nostre individuali, nonostante questa vicinanza geo-politica di questi problemi abbiamo visto la drammatica assenza della Unione Europea. Io credo che ci sono due situazioni simbolo nella ex Jugoslavia che potremmo porre emblematicamente ad esempio di prospettive che possono valere per noi stessi. La città di Sarajevo, tradizionalmente plurilingue, plurireligiosa, pluriethnica che ha tessuto, sia pure in uno scenario segnato da secolari storie drammatiche, eppure la città di Sarajevo è stata sempre faro ed esempio di capacità di tessere rapporti di convivenza e di coesistenza fra popolazioni di lingua, di religione e di etnia diversa e c'è la Voivodina, altro esempio di secolare capacità di stabilire rapporti di convivenza fra gruppi etnici diversi e non è probabilmente senza cause e senza motivi il fatto che proprio su Sarajevo si stia oggi concentrando l'attacco di tutti i radicalismi presenti in quell'area. Sono stato a confronto nei giorni scorsi in un dialogo che è durato, non da solo con il sindaco di Sarajevo, e ho avuto la conferma che questa ferocia, questa durezza e radicalità di battaglia nei confronti di Sarajevo probabilmente ha radici proprio lì, perché Sarajevo poteva essere ed è stato esempio appunto di convivenza in una zona dell'Europa che storicamente ha visto in opera nazionalismi e sciovinismi di incredibile qualità. Si è parlato in quest'aula di Croazia, baluardo dell'Europa, anche qui in maniera indifferenziata, acritica, e mi pare che questa asserzione fa il paio con certe dichiarazioni che nascono dagli ambienti serbi, che pure presentano la Serbia come baluardo dell'Europa nei confronti delle orde ottomane, islamiche ecc. Io sono preoccupato, quando appunto si prendono queste dichiarazioni, come se le assumono acriticamente e ciascuno pensa di essere appunto al confine di barbari che incombono sull'impero, quando io invece credo che proprio l'Europa dovrebbe essere, dopo questa storia secolare di conflitti potrebbe essere invece segnale di capacità di relazioni improntate a volontà di pace e convivenza che stanno e lo devono essere a cuore di tutti noi. Io credo che, come giustamente è stato detto, a noi non sono richieste collocazioni nell'ambito degli schieramenti nazionali. Credo che noi dobbiamo schierarci su un fronte che veda contrapposti i nazionalismi, i radicalismi, gli estremismi. Il sindaco di Sarajevo mi diceva che per esempio una certa iniziativa internazionale ha controllato l'estremismo nazionalista che è pur presente in certi strati della popolazione croata. La stessa cosa invece l'iniziativa internazionale non è stata capace di assumere nei confronti degli estremismi serbi e di certi dirigenti che probabilmente a questo punto vanno veramente annoverati fra i criminali di guerra e li troviamo invece assisi nei tavoli internazionali a discutere tranquillamente di possibile evoluzione della questione Jugoslavia. Quindi il fronte sul quale schierarci è quello della lotta agli estremismi, ai radicalismi, purtroppo diffusi in quell'area e il fronte sul quale schierarci è quello della lotta contro il sottosviluppo, perché io credo che proprio nel sottosviluppo, nella difficoltà di far decollare anche l'economia in quell'area, trovano radice le esasperazioni nazionaliste, alle quali dobbiamo purtroppo assistere. Questo è l'unico fronte sul quale dobbiamo schierarci, la lotta al sottosviluppo e agli estremismi e ai radicalismi

nazionalisti. E' per questo che confermo l'assenso a questa mozione, trovando invece che la proposta di emendamento che veniva dall'assessore Pahl rischiava di introdurre appunto un elemento di semplificazione dell'analisi di quella situazione che non trova probabilmente corrispondenza nella realtà dei fatti e che rischiava appunto di collocarci non nel fronte che ricordavo, il fronte della lotta agli estremismi e i radicalismi, contro il sottosviluppo, ma in un fronte genericamente filo Croato che probabilmente non è sufficiente a capire la situazione di quell'area che noi assieme chiaramente o meglio stimolando le diplomazie internazionali, potevamo giocare anche perché quella terra avesse finalmente un futuro di pace, convivenza e sviluppo che va sicuramente augurato a ciascuna delle popolazioni che vivono in quel territorio.

PRESIDENTE: Colgo l'occasione per salutare una delegazione ospite, invitata dal Consiglio regionale, del Parlamento croato. Abbiamo con noi il Presidente della Commissione, una delegazione che è venuta a farci visita per approfondire e capire come siamo riusciti a tutelare in questa Regione popolazioni che parlano lingue diverse. Questa delegazione è accompagnata dal Console generale della Repubblica di Croazia. Saluto i membri anche a nome del Consiglio regionale. Sono convinto che questi incontri saranno importanti, credo che da parte del Consiglio ci attiveremo, affinché questi contatti possano, anche in futuro, essere portati avanti e potenziati.

Ha chiesto di intervenire qualcuno sul Voto che tutela le minoranze? Ha chiesto di intervenire il cons. Bondi e ne ha la facoltà.

BONDI: Solo per dichiarare il mio voto favorevole, pur non avendo sottoscritto la mozione, anche perché la mia famiglia proviene da Capodistria e quindi particolarmente voglio sottolineare l'interesse a votare questo documento, visto che vi è poi una delegazione croata, credo, che vi sia l'occasione per dire immediatamente di quanto da questo Consiglio sia emerso e senza dilungarmi su argomentazioni già espresse e per il verbale dichiaro voto favorevole alla mozione del cons. Pinter.

PRESIDENTE: Qualcuno vuole intervenire in dichiarazione di voto?

Ha chiesto di intervenire il cons. Palermo e ne ha la facoltà.

PALERMO: Poche parole per esprimere la mia dichiarazione di voto favorevole, in relazione alla quale però vorrei aggiungere alcuni elementi in più, proprio in relazione ed avuto riguardo per le particolari presenze a questa seduta. In ragione ed in conseguenza della attività che io svolgo al di fuori di questo Consiglio, in particolare come legale difensore di parti civili del processo della strage di Capaci, ho avuto la possibilità di esaminare, sulla base di taluni atti di provenienza americana, rapporti che sono molto inquietanti tra mafia e elementi integralisti che sono presenti nelle ragioni serbo-croate, si tratta di un aspetto che ritengo rappresenti una particolare e gravissima conseguenza, nella quale purtroppo ci siamo accorgendo di dover incorrere in questo nostro periodo storico e cioè il collegamento tra organizzazioni criminali, organizzazioni criminose del nostro Paese, congiuntamente a organizzazioni

dell'integralismo islamico, che prendendo spunto dalla situazione presente in Jugoslavia e cioè prendendo spunto da quella situazione di belligeranza nella quale ormai da anni si verte, fanno sì che il traffico di armi, le forniture di armi che vengono usate in questa guerra costituiscono motivo di lucro e di traffici illeciti anche sponsorizzati come parte specifica da parte della nostra mafia siciliana e proprio in conseguenza di tali traffici illeciti dai riferimenti che potrò anche consegnare agli esponenti dell'organo che è oggi presente a questa seduta, documenti che sono di origine del Parlamento americano risultano questi collegamenti che purtroppo, ripeto, sono presenti e che sembra abbiano avuto una parte attiva proprio in relazione alla fornitura degli esplosivi che sono stati adoperati per la uccisione del giudice Falcone. Questi elementi, ripeto che riguardano l'integralismo islamico presente nei paesi serbo-croati e collegamenti con la mafia siciliana sono in grado di poterli fornire alle parti interessate e che comunque questi elementi denotano sempre di più una preoccupazione che dev'essere sentita ed avvertita a livello nazionale ed internazionale nell'esaminare questi problemi che non sono semplicemente problemi di un altro Paese, ma debbono essere sentiti anche come problemi nostri che hanno inciso direttamente nella consumazione di fatti ed episodi che riguardano la nostra storia contemporanea.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire in dichiarazione di voto? La parola al Vicepresidente della Giunta.

PAHL: Nachdem der Einbringer des Beschlußantrages jetzt seine ganzen Prämissen zurückgezogen hat, entfallen logischerweise auch die Prämisse, die die Regionalregierung vorausgeschickt hat. Wir sprechen also, wenn ich es richtig verstehe, nur noch von den letzten drei Punkten, wo es heißt "die Rechte der istrischen italienischen Minderheit gemäß dem Statuto regionale zu errichten. Diese Feststellungen sind von absoluter Gültigkeit und wir teilen sie.

Nachdem ich aber einige Bemerkungen von seiten verschiedener Oppositionsparteien gehört habe, verweise ich nochmals in zwei Sätzen auf die Position der Koalition bzw. einiger anderer Parteien, die sie teilen. Die Diskussion um die Lage der italienischen Minderheit ganz allgemein in Kroatien ist durch den Beschlußantrag der Opposition in Gang gekommen und zu diesem Anlaß habe ich für den Regionalausschuß festgestellt, daß wir dem kroatischen Volke unsere Solidarität aussprechen in seinem Abwehrkampf gegen den serbischen Aggressor und daß wir genau unterscheiden zwischen Aggressor und Verteidiger. Das gleiche wie im Fall von Slowenien gilt für Bosnien-Herzegowina und das gleiche gilt mutatis mutandis für die andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen durch die serbische Politik und Polizei im Kosovo. Nachdem aber die ganzen Prämissen entfallen, ist das nicht mehr Gegenstand der Diskussion, sondern es sind nur noch die allgemeinen Aufforderung gemäß den Punkten 2 und 3. Aufrecht bleibt das Ersuchen an den Kollegen Benussi mir im zitierten Fall einige Hinweise zu geben. Danke.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire per dichiarazione di voto? La parola al cons. Casagranda.

CASAGRANDA: Presidente, anche noi esprimiamo due parole su questo Voto.

L'atteggiamento del Governo croato e della stessa Alta Corte del vicino paese slavo, evidenzia come lo statuitismo in cui il comunismo ha impregnato le comunità dell'Est europeo, sia ancora presente in quella realtà e debba costituire ancora oggetto di qualche preoccupazione. Sappiamo che nell'ex impero sovietico, compresa l'area della non allineata ex Jugoslavia, vi sono moltissime comunità locali e svariati gruppi linguistici, i quali, terminata l'ibernazione comunista, desiderano e fermamente vogliono esprimere come comunità autonoma nel concreto europeo.

La presenza di una minoranza linguistica italiana in Croazia, si pone, seppure con qualche variante in tale contesto di valutazione e riflessione, convinti come siamo che l'Europa si costituisce riconoscendo e valorizzando i gruppi linguistici minoritari e le comunità locali. E' chiaro che la posizione mia e del partito che rappresento è in favore del rispetto pieno dell'accordo italo-croato, accolto dalle popolazioni direttamente interessate.

Sarebbe peraltro contraddittorio e fuorviante se forze autenticamente autonomistiche come quella cui appartengo e altre che in questa regione con noi sono in primo piano sul fronte dell'autonomia e della tutela delle minoranze linguistiche, non si esprimessero in favore della tutela delle minoranze italiane nella Contea d'Istria. Al riguardo desidero sottolineare che tale riconoscimento deve essere visto come tutela e valorizzazione di un gruppo linguistico e non come estensione all'italianità oltre confini nazionali, come forse taluno a Roma spera.

L'estensione della nazionalità oltre i propri confini, si pone in contrasto con un processo di integrazione europea, che vuol far crescere e affermare l'unità nella diversità. Con questo piccolo intervento le nostre dichiarazioni di voto saranno positive, come ha proposto l'assessore di merito.

PRESIDENTE: Faccio presente all'aula che è stata fatta una richiesta, accettata dal primo firmatario, di votare senza le premesse questo Voto.

Pongo il votazione il dispositivo del Voto. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Ad unanimità il Voto è approvato.

Ricordo ai consiglieri che alla chiusura dei lavori siete invitati ad un piccolo brindisi con la delegazione croata, che si terrà nella sala della Giunta regionale.

Sono posti in discussione i punti n. 2) e 5) dell'ordine del giorno:

Mozione n. 22, presentata dai consiglieri regionali Divina, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio, Tosadori e Montefiori concernente la Regione Trentino-Alto Adige e prospettive europee

Mozione n. 26, presentata dai consiglieri regionali Benedetti, Vecli e Delladio, concernente la trasformazione dell'Unione Europea in Federazione Europea e la realizzazione del "piano Delors".

E' stato distribuito il testo delle mozioni unificate, la n. 22 e la n. 26, a firma dei conss. Divina, Benedetti, Tosadori, Boldrini e Montefiori, di cui dò lettura:

PROPOSTA DI MOZIONE

Il Consiglio regionale ha recentemente impegnato la Giunta ad approfondire con urgenza il problema dell'unione europea in vista del dibattito costituente che si profila in tutta l'Europa dopo che il 10 febbraio u.s. il Parlamento Europeo ha fissato la procedura per l'approvazione di una Costituzione europea.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO REGIONALE

dà mandato al proprio Presidente di trasmettere il documento sotto riportato al Presidente della Camera dei deputati Onorevole Irene Pivetti, al Presidente del Senato della Repubblica, Onorevole Carlo Scognamiglio, al Presidente del Parlamento europeo, ai Presidenti dei Consigli regionali del Consiglio dei ministri, al Ministro degli affari esteri, al Ministro per le riforme istituzionali.

"Il Consiglio regionale della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige rileva che la Federazione europea costituisce un punto di arrivo del processo di integrazione; ricorda che l'Italia dovrà presiedere nel 1996 il semestre conclusivo del processo di revisione del Trattato di Maastricht e che la posizione politica dell'Italia inciderà sull'esito della Conferenza Intergovernativa, che potrà essere positivo solo se eliminerà gli aspetti di scarsa democraticità dell'Unione Europea, istituendo una unione di tipo federale. Oggi infatti gran parte delle decisioni vengono assunte al Vertice del Consiglio europeo dei Ministri nazionali.

Invita il Parlamento italiano a prendere posizione per la democratizzazione immediata dell'Unione europea, per quanto riguarda le competenze nazionali già trasferite a livello europeo, facendo funzionare in questo contesto la commissione come un governo, il Consiglio dei Ministri come un Senato degli Stati o come una Camera delle Regioni ed il Parlamento europeo come organo del potere legislativo.

Invita il Ministro degli Esteri a non considerare l'ipotesi dell'esclusione dell'Italia dal "nucleo duro" o centrale, proposto da Francia e Germania, al fine di superare la contraddizione tra allargamento ed approfondimento dell'Unione. In tal caso si farebbe indietreggiare l'Italia, che è uno dei Paesi fondatori della Comunità. Va ricordato che l'88% dei cittadini nel referendum del 1989 si è espresso a favore di un Parlamento europeo costituente. L'Italia si troverebbe in tal caso insieme alla Gran Bretagna ed ai Paesi che si accontentano di un'Europa come semplice area di libero scambio, priva di identità politica e quindi di possibilità di controllo, ad esempio, delle multinazionali.

Si afferma altresì l'esigenza che l'unificazione monetaria venga conseguita mediante una "istantanea adozione" della moneta europea da parte dei Paesi membri; ciò non giustifica alcun allontanamento dell'Italia dai parametri di convergenza previsti dal Trattato di Maastricht perché sarebbe comunque necessario ridurre l'eccessivo deficit di bilancio italiano anche in una Unione monetaria già costituita.

Invita infine ad impegnarsi per realizzare il Piano economico Delors "Crescita, competitività e occupazione". Se infatti i Paesi europei non riusciranno a promuovere entro fine secolo i grandi investimenti nelle reti informatiche, nell'alta velocità, nell'energia, nell'istruzione e nella difesa dell'ambiente, perderanno certamente il confronto con le più dinamiche economie degli USA e del Giappone: è infatti impossibile un'industria italiana competitiva e in espansione in un'economia europea in declino."

Qualcuno intende intervenire su questa proposta di mozione? Sull'ordine dei lavori ha chiesto la parola il cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich habe geglaubt, daß wir gestern so verblieben sind, daß dieser Beschlußantrag jetzt nicht mehr behandelt wird, auch weil ich gesagt habe, daß ich dem Regionalrat die Unterlagen liefere über die letzte Stellungnahme, was die gesamte europäische Frage betrifft, so wie es nicht nur die Konferenz der Deutschen Länder beschlossen hat, sondern wie es auch das Komitee der Regionen aufgrund des bestehenden Maastricht Vertrages zuletzt in Barcelona beschlossen hat. Ich hätte nachdem das ziemlich viele Seiten sind, das zusammengefaßt und auch ins Italienische übersetzt, damit man einen Beschluß faßt, der eben dem Rechnung trägt, was dieses im Maastrichter Vertrag vorgesehene Komitee der Regionen einschließlich der italienischen Regionen beschlossen hat im Hinblick auf diese Regierungskonferenz, die also nächstes Jahr stattfinden soll. Und da stimmen gewisse Voraussetzungen nicht mehr, denn man spricht nicht mehr von einem europäischen Bundesstaat, von einer Föderation, sondern wenn schon von einem Staatenbund oder einem Staatenverbund, sodaß der Antrag so wie er jetzt gefaßt worden ist, nicht dem Rechnung trägt was die europäischen Regionen als solche bereits in aller Form öffentlich beschlossen haben.

Und ich beantrage eben noch einmal - es ist jetzt sowieso bald zwölf Uhr und ihr wollt ja Schluß machen - im Zusammenhang mit dem Besuch der Abordnung aus Kroatien daß wir das aussetzen.

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, lei ha fatto una richiesta ieri di rinviare la trattazione, perché avrebbe fornito una documentazione utile ad approfondire un tema così importante. Qui non posso fare altro che chiedere ai firmatari di questa proposta di mozione, se intendono rinviarla o trattarla e definirla.

Ricordo che sono le ore 11.54 ed avrei intenzione di chiudere i lavori alle ore 12.00; siete invitati ad un piccolo brindisi con la delegazione della Croazia; ricordo che la seduta pomeridiana non avrà luogo.

La parola al cons. Divina.

DIVINA: Non c'è nulla in contrario Presidente per i proponenti rinviare la discussione e la votazione su questa mozione.

Volevo parzialmente rassicurare il cons. Benedikter, che la nuova formazione del documento, che ha visto congiuntamente riassumere i disposti delle due mozioni distinte, ha volutamente tagliato e tralasciato tutte le premesse che nella nostra mozione potevano anche essere parzialmente imprecise o superate dai tempi.

Il cons. Benedikter, infatti, parlando della mozione n. 22, sosteneva che alcuni passi nella premessa generale hanno subito delle modificazioni, di fatto è una mozione che ha quasi un anno. Nella sostanza però il contenuto l'oggetto della mozione, cioè fare una pressione sul Parlamento affinché i parametri dello Stato italiano vengano ricondotti al più presto nei parametri d'accesso alla comunità per partire tutti quanti assieme con un blocco centrale non quella paventata dall'asse franco-tedesco delle due velocità e della moneta non uniformemente e congiuntamente assunta si vedeva come un grave rischio per il sistema e l'economia del nostro Stato.

Il problema che pone il cons. Benedikter forse si sposta su un altro piano, del tipo di rapporti istituzionali all'interno della comunità, cioè se sarà un rapporto più improntato sul modello federale o confederale, allargheremo la discussione su un argomento che non era in ogni caso punto cardine o principio della nostra mozione.

Fatte comunque queste precisazioni, riteniamo che lo sforzo del cons. Benedikter, per raggiungere e per precisare meglio anche i contorni giuridici che stanno alla base della raccomandazione che vogliamo fare al Governo con questa nostra mozione, vista l'ora, visti i tempi, vista la programmazione della giornata, come primo firmatario mi sta benissimo poterla trasportare alla prossima seduta, magari come primo punto, con il supporto che nel frattempo il cons. Benedikter vorrà offrire e le modifiche, da quanto ho capito, che il capogruppo della SVP vuole apportare, precisando meglio una dizione, se non sbaglio sull'alta velocità, per la preoccupazione che il termine fosse esteso anche a quella del traffico veicolare e non soltanto a quello del traffico ferroviario.

A questo punto, da parte nostra, possiamo sospendere e trattare successivamente con le integrazioni che già sono arrivate ai proponenti dalle singole parti. Grazie.

PRESIDENTE: Con la disponibilità dei proponenti questo punto sarà inserito come primo punto all'ordine del giorno.

Chiudo i lavori e vi invito ad un piccolo brindisi.

La seduta è tolta.

(ore 11.58)

INDICE

INHALTSANGABE

Voto n. 10, presentato dai consiglieri regionali Pinter, Giordani, Alessandrini, Benedetti e Zendron, riguardante la tutela della minoranza italiana nella contea d'Istria in Croazia

pag. 1

Begehrensantrag Nr. 10, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pinter, Giordani, Alessandrini, Benedetti und Zendron betreffend den Schutz der italienischen Minderheit in der Grafschaft Istrien, welche sich in Kroatien befindet

Seite 1

Mozione n. 22, presentata dai consiglieri regionali Divina, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio, Tosadori e Montefiori concernente la Regione Trentino-Alto Adige e prospettive europee

Mozione n. 26, presentata dai consiglieri regionali Benedetti, Vecli e Delladio, concernente la trasformazione dell'Unione Europea in Federazione Europea e la realizzazione del "piano Delors"

pag. 20

Beschlußantrag Nr. 22, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio, Tosadori und Montefiori, betreffend die Region Trentino-Südtirol und die europäischen Perspektiven

Beschlußantrag Nr. 26, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Benedetti, Vecli und Delladio betreffend die Umwandlung der Europäischen Union in eine Europäische Föderation und die Verwirklichung des "Delors-Plans"

Seite 20

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

PAHL Franz (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	pag.	1-19
PINTER Roberto (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	5-12
PASSERINI Vincenzo (Gruppo La Rete)	"	7
BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol)	"	9-22
BENUSSI Ruggero (Alleanza Nazionale)	"	10
LEITNER Pius (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	13
ZENDRON Alessandra (Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)	"	14
ALESSANDRINI Carlo (Partito Democratico della Sinistra)	"	15
BONDI Mauro (Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)	"	17
PALERMO Carlo (Gruppo Misto)	"	18
CASAGRANDA Sergio (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	"	19
DIVINA Sergio (Gruppo Lega Nord Trentino)	"	22

**Error
e. Il
segnal
ibro
non è
definit
o.**